



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 7. November 2016
Kantonsratspräsident Andreas Hofer

B 55 V Konsolidierungsprogramm 2017 (KP17); Entwürfe von Gesetzesänderungen und andere Massnahmen im Rahmen des Projekts - Änderung des Steuergesetzes (Steuergesetzrevision) / Finanzdepartement

1. Beratung

Antrag Michael Töngi: Rückweisung.

Michael Töngi: Das KP17 hat durch die geführte Debatte Verschlechterungen erfahren, zum Beispiel 3,5 Millionen Franken beim Eigenbetreuungsabzug, 1 Million Franken bei den Güterstrassen, mehrere Millionen Franken im Bereich der LSVa und der Motorfahrzeugsteuern und 3,5 Millionen Franken bei der Dividendenbesteuerungen. Aus Sicht der Grünen ist es klar, dass wir neben einer Steuererhöhung nicht um eine Steuergesetzrevision herumkommen, damit das Ressourcenpotenzial besser ausgeschöpft werden kann. Das betrifft vor allem die Vermögenssteuern, aber auch die flache Progression. Wir sind überzeugt davon, dass es diese Steuergesetzrevision braucht. Ich bitte Sie deshalb, unseren Rückweisungsantrag zu unterstützen.

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsident Marcel Omlin.

Marcel Omlin: Dieser Antrag ist der PFK vorgelegen und mit 16 zu 1 Stimme abgelehnt worden. Ich bitte Sie, der Meinung der Kommission zu folgen.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: Ihr Rat hat die vorliegende Steuergesetzrevision bestellt. Die Änderungen sind in zwei Blöcke aufgeteilt. Zum einen geht es um den Nachvollzug aus der direkten Bundessteuer und dem Steuerharmonisierungsgesetz. Dieser Nachvollzug findet auch statt, wenn unser Steuergesetz nicht abgeändert wird. Zudem werden auch Bundesgerichtsentscheide nachvollzogen. Zum anderen gibt es zwei Änderungen bei der Handänderungssteuer und bei der Erbschaftssteuer. Diese beiden Massnahmen sind völlig unbestritten und sollten deshalb jetzt verabschiedet werden. Zudem macht es keinen Sinn, den erwähnten Nachvollzug zu stoppen. Mittels einer Motion können Sie jederzeit eine neue Steuergesetzrevision verlangen.

Der Rat lehnt den Rückweisungsantrag mit 87 zu 20 Stimmen ab.

In der Gesamtabstimmung stimmt der Rat der Änderung des Steuergesetzes, wie sie aus der Beratung hervorgegangen ist, mit 106 zu 1 Stimme zu.